

Bonn, 6. September 1951

Anwesend: Adenauer (zeitweise abwesend), Bach, Frau Gröwel, Gurk, Frau Heiler, Hilpert, Holzappel, Kaiser, Kiesinger, Majonica, Pferdenges, Samsche, Sauer, Strickrodt, Zimmer sowie Lubbers.

Bericht Adenauers zur Lage: Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 1953, innenpolitische Lage, Verteidigungsbeitrag. Finanzen und Organisation der Partei. Besetzung des Bundesgeschäftsführers; Junge Union; RCDS. „Wirtschaftsbild“. Erste Legion. NEI-Tagung in Bad Ems. Vorbereitung des Bundesparteitags: Themen der Referate. Verschiedenes.

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 14.00 Uhr

Infolge der Verspätung des Herrn Bach wurde das politische Referat des Bundeskanzlers an den Anfang der Sitzung gelegt.

Adenauer wies auf die Notwendigkeit hin, die Zeit bis zur Bundestagswahl gut für die Organisation auszunutzen. Die Bundesgeschäftsstelle sei nun arbeitsfähig, aber in den Landesverbänden sei noch sehr viel zu tun. Man müsse sich schon heute mit der künftigen Aufstellung für die Bundestagswahl beschäftigen. Bundestagsabgeordnete, die durch ihr Verhalten zeigen, daß sie keinen Wert auf Mitarbeit legen, müßten darauf aufmerksam gemacht werden, daß eine neue Kandidatur nicht in Frage käme. Von der Fraktion werde geklagt über die mangelhafte Zusammensetzung der Fraktion. Man habe zwar eine Reihe ausgezeichneter Sachverständiger, es fehlten aber überdurchschnittliche Politiker. Man müsse daran denken, auch ehemalige Soldaten bei der nächsten Wahl als Kandidaten aufzustellen. Die Propaganda für die Bundestagswahl werde diesmal nicht mehr nur von der Weltanschauung und der Wirtschaft her bestritten werden können. Der Wahlkampf werde in einer Rechenschaftslegung über die Politik der Koalition bestehen müssen. Dr. Adenauer gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die CDU bei einem solchen Rechenschaftsbericht gut bestehen könne. Es sei nicht auszudenken, wenn die SPD stärkste Partei und Schumacher damit Bundeskanzler werden würde. Dr. Schumacher habe im Ausland ein außerordentlich schlechtes Ansehen. Man sehe ihn mit Recht als den zweiten Hugenberg¹ an.

Als wichtigste Vorarbeit für die Bundestagswahl bezeichnete Dr. Adenauer zu verhindern, daß die Koalitionsparteien sich gegenseitig Mandate abjagen. Es müsse sichergestellt werden, daß die Koalitionsparteien in gemeinsamer Front in den Wahlkampf gehen. Das bedeute keine grundsätzliche Wahlkoalition, aber hier und

1 Alfred Hugenberg (1865–1951), 1919 Mitglied der Nationalversammlung, 1920–1945 MdR, 1933 Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister, 1928–1933 Vorsitzender der DNVP.

da werde man um Wahlbündnisse nicht herumkommen. Sehr wichtig sei es aber, daß der Bundestag rechtzeitig ein Wahlgesetz verabschiede, das unseren Anschauungen und nicht denen der Sozialdemokraten entspricht.

Dr. Adenauer ging dann auf die Verhältnisse in den Landesverbänden kurz ein. Er habe den Eindruck, daß sich in Schleswig-Holstein die Verhältnisse bessern. Sehr schlecht sei es in Niedersachsen, und er wisse noch nicht recht, wie man dort die Dinge in Ordnung bringen könne. In den anderen Landesverbänden seien die Verhältnisse unterschiedlich. Man müsse sich genau darum kümmern.

Die Fraktion müsse sich in Zukunft bei ihrer Gesetzesarbeit in jedem Falle überlegen, wie sich ihre Entscheidungen auf die kommende Wahl auswirken. Große Sorge machen die weltanschaulichen und konfessionellen Schwierigkeiten. Dr. Adenauer bezeichnete es als außerordentlich vorteilhaft, daß er als katholischer Bundeskanzler in Lübeck mit den evangelischen Bischöfen in engen Kontakt gekommen sei². Demnächst werde er mit Bischof Lilje³ erneut eine Aussprache haben, und er hoffe, daß die Ressentiments im evangelischen Lager abebben.

Der Lastenausgleich müßte so schnell wie möglich verabschiedet werden, damit er nicht zum Gegenstand des Bundestagswahlkampfes gemacht werden könne.

Dr. Adenauer machte Mitteilung von einer vertraulichen Information, wonach Minister a.D. Hermes⁴ in den nächsten Tagen in Flensburg die Gründung einer Mittelpartei⁵ proklamieren werde. Sollte das eintreten, so wäre es besonders für die CDU sehr unangenehm, da uns damit große Wählermassen abgezogen werden könnten. Daraus, daß solche Gedanken überhaupt aufkommen, müsse die CDU

2 Adenauer hatte sich anlässlich der 700-Jahr-Feier der Marienkirche am 2. September in Lübeck aufgehalten (UiD vom 8. September 1953).

3 Dr. Hanns Lilje (1899–1977), 1927–1935 Generalsekretär der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung, 1935 Generalsekretär des Lutherischen Weltkonvents, 1945–1973 Mitglied des Rates der EKD (zeitweise stv. Vorsitzender), 1947–1971 Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover, 1947 Mitgründer und 1952–1957 Präsident des Lutherischen Weltbundes, 1955–1969 Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Vgl. Axel SEEBERG/Heinz ZAHRT (Hrsg.): Abschied vom Christentum? Festschrift zum 65. Geburtstag. Hamburg 1964.

4 Dr. Andreas Hermes (1878–1964), 1920–1922 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und 1921–1923 für Finanzen, 1928–1933 MdR (Zentrum), 1928–1933 Präsident des Reichsverbandes der Landwirtschaftlichen Genossenschaften (Raiffeisen) und der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine, 1936–1939 Wirtschaftsberater in Kolumbien, Mitgründer und 1. Vorsitzender der CDU für die SBZ und Berlin, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, 1947–1954 Präsident des Deutschen Bauernverbandes, 1947–1961 Präsident des Raiffeisenverbandes. Vgl. Günter BUCHSTAB in LEBENSBIlder 6 S. 102–113.

5 Bei der Präsidialsitzung des DBV in Rheinsberg am 10. September 1951 gab Hermes die Gründung eines „Mittelstandsblocks in Stadt und Land“ bekannt, zu dem sich der Deutsche Bauernverband, der Zentralverband des Deutschen Handwerks und der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer zusammengeschlossen hatten (vgl. AdG 1950 S. 3108).

den Schluß ziehen, mehr Rücksicht auf den Mittelstand, insbesondere auf die Handwerker zu nehmen.

Die Verhältnisse in Südbaden seien bedauerlich, aber man müsse sich in die Stimmung der Südbadener versetzen können. Leider sei das Bundesverfassungsgericht⁶ nicht so rechtzeitig in Aktion, um über die Angelegenheiten des Südweststaates⁷ entscheiden zu können. Dr. Adenauer sprach aber die Hoffnung aus, daß die Dinge doch noch eine gute Wendung nehmen.

Höpker Aschoff⁸ sei als Präsident des Bundesverfassungsgerichts zwar umstritten, aber Dr. Adenauer bedauerte die Haltung Bayerns. Höpker Aschoff sei eine absolut integre Persönlichkeit, und er sei überzeugt, daß er das Grundgesetz bei seiner Amtsführung rückhaltlos respektieren werde. Für den katholischen Volksteil sei es ein Kummer, daß der Präsident evangelischer und sein Stellvertreter⁹ jüdischer Konfession sei.

Zu der Frage der Gewerkschaften erklärte Dr. Adenauer: Ich bin ein Freund der Gewerkschaften. Zwar haben insbesondere die Engländer nach dem Zusammenbruch den Gewerkschaften eine Stellung im öffentlichen Leben zugewiesen, die bedenklich werden kann. Wir müssen aber die Dinge nehmen, wie sie sind. Es ist unmöglich, eine Politik gegen die Gewerkschaften zu führen. Für die CDU würde es katastrophal sein, wenn wir den DGB der SPD in die Arme treiben würden und diese so gemeinsam den kommenden Wahlkampf durchführen können. Es ist besser, wenn besonders die Spitze der Gewerkschaften die parteipolitische Neutralität achtet. Wir müssen die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften so gestalten, daß sie erfolgreich ist, ohne allerdings einen unserer Grundsätze aufzugeben. Nach der Unterhaltung mit den Gewerkschaftsführern bin ich hoffnungsvoll in bezug auf die

6 Die Eröffnung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe fand am 28. September 1951 statt. Zur Vorgeschichte und Errichtung vgl. SCHIFFERS; Einzelheiten zur Eröffnung bei LAUFER.

7 Die Volksbefragung über die Neugliederung im Südwestraum am 24. September 1950 hatte insgesamt eine Mehrheit von 70,8 % für die Neuordnung ergeben, nur in Südbaden hatten sich 59,6 % dagegen ausgesprochen. Die Regierung Wohleb erhob am 25. Mai 1951 Verfassungsklage gegen die Neuordnungsgesetze. Die Volksabstimmung am 9. Dezember 1951 erbrachte einen Stimmenanteil von 69,7 % für den zu bildenden Südweststaat. Die Verfassungsgebende Landesversammlung des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg wurde am 9. März 1952 gewählt und hatte am 25. März 1952 ihre konstituierende Sitzung in Stuttgart. Vgl. FEUCHTE S. 117–157.

8 Dr. Hermann Höpker Aschoff (1893–1954), seit 1921 MdL Preußen (DDP), 1925–1931 preußischer Finanzminister, 1930–1932 MdR, 1945 Generalreferent für Finanzen (Westfalen), 1948–1949 MdPR, 1949–1951 MdB (FDP), 1951–1954 Präsident des BVerfG. Vgl. Erhard LANGE: Ein Leben im Dienste des Staates. In: Liberal Jg. 25 (1983) S. 946–951. – Die Vorbehalte Bayerns gegen Höpker Aschoff, das sich bei dessen Wahl der Stimme enthielt, richteten sich vor allem gegen die ihm zugeschriebene zentralistische Grundhaltung (FAZ vom 6. September 1951; SCHIFFERS S. 452 Anm. 8).

9 Zum Vizepräsidenten des BVerfG wurde Dr. Rudolf Katz (SPD) gewählt (SCHIFFERS S. 455).

kommende Entwicklung.¹⁰ Das Verhalten der FDP gegenüber den Gewerkschaften ist mehr als kurzfristig. Insbesondere hat Minister Blücher¹¹ taktische Unklugheiten begangen. Sein Telegramm an mich war dumm¹². An den Nachrichten über die Gründung national-christlicher Gewerkschaften war vieles wahr. Wir konnten aber rechtzeitig hindernd eingreifen. Die ganze Aktion war dumm. Die Forderungen der Gewerkschaften nach der Sozialisierung der Grundstoffindustrien und nach Übertragung der Mitbestimmung in der Form wie bei Kohle und Eisen auf die übrige Wirtschaft können unmöglich durchgeführt werden. Man kann nicht die Eigentümer auf dem Wege über das Mitbestimmungsrecht enteignen.

Zur Außenpolitik übergehend sagte Dr. Adenauer: Die Erklärung, die McCloy¹³ vor seiner Abreise abgab, war mit mir abgesprochen. Die USA drängen darauf, daß die Bundesrepublik volle Souveränität bekommt. Mit der Erlangung der Souveränität ist beabsichtigt, daß wir mit den Westmächten einen Verteidigungsvertrag schließen. Die Haltung der Franzosen ist noch immer zurückhaltend, die Auffassung der Engländer ist bisher unsicher, obgleich Minister Kirkpatrick¹⁴ persönlich zufriedenstellende Erklärungen abgegeben hat. Allerdings scheint mir heute die Haltung der englischen Regierung allmählich günstiger für uns zu werden.

Bei der Beurteilung der internationalen Entwicklung vergessen wir Deutschen zu leicht, was seit 1933 geschehen ist. Es gibt heute schon eine starke Strömung von Menschen in Deutschland, die sich unterfängt, die Behauptung aufzustellen, das deutsche Volk habe den Krieg [nicht] gewollt, und deshalb behandle man uns

10 Adenauer war am 8./9. August 1951 in seinem Schweizer Urlaubsort mit Vertretern des DGB zusammengetroffen. Vgl. ADENAUER: Teegespräche S. 123f.

11 Franz Blücher (1896–1959), 1945 Mitgründer und 1949–1954 Bundesvorsitzender der FDP, 1946–1947 Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, 1949–1958 MdB (bis 1956 FDP, dann FVP bzw. DP), 1949–1957 Vizekanzler und Bundesminister des Marshall-Planes bzw. Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1958 deutscher Vertreter bei der Hohen Behörde der Montanunion (Erinnerungen: Rückblick auf vier Jahre. In: Bonner Hefte Jg. 1 [1953] Nr. 1).

12 Blücher verlangte am 9. August 1951 vor jeder Festlegung des Kanzlers gegenüber dem DGB vorherige gemeinsame Beratungen der Koalitionspartner (AdG 1951 S. 3058).

13 John Jay McCloy (geb. 1895), amerikanischer Bankier und Politiker; 1941–1945 stv. Kriegsminister (Unterstaatssekretär), 1947–1949 Präsident der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, 1949–1952 Hoher Kommissar der US-Regierung in Deutschland, 1953–1960 Vorsitzender der Chase National Bank bzw. Chase Manhattan Bank, 1961–1962 Sonderbeauftragter des Präsidenten Kennedy für Abrüstungsfragen. Vgl. ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 454–459; Erika J. und Heinz-D. FISCHER: John J. McCloy und die Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Presseberichte und Dokumente über den amerikanischen Hochkommissar für Deutschland 1949–1952. Köln 1985.

14 Sir Ivone Augustine Kirkpatrick (1897–1964), britischer Politiker; 1948–1950 Leiter der Deutschland-Abteilung im britischen Außenministerium, 1950–1953 britischer Hoher Kommissar in Deutschland, 1953–1957 Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium.

ungerecht. Diese Stimmung in der Bevölkerung ist zu bedauern, denn sie stellt die Tatsachen auf den Kopf. Verschiedentlich haben auch die Vertreter der Bundesrepublik bei den internationalen Verhandlungen unglücklich operiert. Das gilt vor allen Dingen in der Kohlenfrage, wo das Verhalten der Vertreter in der Ruhrbehörde recht eigentlich die scharfe Reaktion insbesondere der Belgier und Franzosen verursacht hat¹⁵. Wir bekommen jetzt die Quittung für gewisse Ungeschicklichkeiten. Die Frage der Auslandsguthaben, die die deutsche Öffentlichkeit so erregt hat, muß kühler betrachtet werden. Teils stehen wir uns bei der Regelung schlechter, teils besser. Die USA haben erklärt, damit seien alle Reparationsverpflichtungen Deutschlands abgegolten. Außerdem haben wir die Möglichkeit, mit den neutralen Ländern über unsere Guthaben zu verhandeln.¹⁶

Auch die Frage des Schutzes der alliierten Agenten ist nicht so schwierig zu nehmen, wie es geschieht. Die Agenten arbeiten weitgehend im Interesse der europäischen und der westlichen Verteidigung. Ihre Tätigkeit kann nicht ohne weiteres nur der Jurisdiktion deutscher Gerichte unterstellt werden.¹⁷

In all diesen Fragen tun die deutsche Presse und Schumacher leider nichts anderes als schimpfen. Die Beleidigungen, die Schumacher François-Poncet¹⁸ zugefügt hat, sind ein Skandal. Ich habe François-Poncet darüber einen entschuldigenden Brief geschrieben. Alle Angriffe gegen die Alliierten stärken jene Kräfte, die die deutsche Souveränität verhindern wollen. In dieses Kapitel gehören leider auch die Artikel in der „Ketteler Wacht“¹⁹ und in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“²⁰.

15 Die Bundesregierung hatte vor der Internationalen Ruhrbehörde die Herabsetzung der Kohlenexportquote für das 3. Quartal 1951 beantragt; dies war auf Widerstand gestoßen und schließlich abgelehnt worden (vgl. AdG 1951 S. 2984, 3043, 3064).

16 In London wurde seit Mai 1951 über die deutschen Vor- und Nachkriegsschulden verhandelt. Dabei spielte auch die Frage der Beschlagnahme des deutschen Auslandsvermögens eine Rolle. Vgl. Abs: Konrad Adenauer, hier S. 242f. und Abs: Wiederherstellung.

17 Anspielung auf das „Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit“ vom 15. Juli 1951 (BGBl I S. 448), das wegen möglicher Strafverfolgung von Mitarbeitern von Nachrichtendiensten auf Kritik bei McCloy gestoßen war. Vgl. ADENAUER: Teegespräche S. 130.

18 André François-Poncet (1887–1978), französischer Diplomat; 1931–1938 Botschafter in Berlin, 1949–1955 französischer Hoher Kommissar bzw. Botschafter in Bonn (Memoiren: Auf dem Weg nach Europa. Politisches Tagebuch 1942–1962. Berlin/Mainz 1964). – Schumacher hatte am 15. August 1951 auf einer Pressekonferenz gesagt, François-Poncet werde vom deutschen Volk ohne Unterschied der Partei als „misplaced person“ bezeichnet, und zusätzlich auf die Tischgespräche Hitlers verwiesen, der froh gewesen sei, unter seinen Botschaftern einen Mann vom Format François-Poncets zu haben (FAZ vom 16. August 1951 S. 3).

19 Die Vorwürfe der „Ketteler Wacht“ richteten sich gegen die als zu weitgehend empfundene Annäherung Adenauers an Frankreich sowie gegen Hallstein, der als Staatssekretär im Auswärtigen Amt eine Fehlbesetzung sei („Ketteler Wacht“ vom 1. September 1951 sowie Auszug in FAZ vom 5. September 1951).

20 Vgl. FAZ vom 4. September 1951, Art. von Hans Baumgarten (vgl. auch ADENAUER: Teegespräche S. 651 Anm. 44).

Sie schädigen das Ansehen des Bundeskanzlers im Ausland und schwächen damit seine Position zum Schaden Deutschlands. Gewiß kann ich nicht auf die Dauer Außenminister bleiben. Auch Hallstein²¹ müßte mehr an Aufgaben übernehmen. Aber auch wenn ein anderer Außenminister wäre, kann der Bundeskanzler nicht auf seinen Einfluß auf die Außenpolitik verzichten. Die Koalitionsparteien sind der Auffassung, daß die Personalunion Bundeskanzler-Außenminister bis auf weiteres bestehenbleibt.

In der Frage des Verteidigungsbeitrages haben die Franzosen Angst vor einer deutschen Armee, die aus eigenen Kontingenten besteht. Auch ich hätte Sorgen, eine deutsche nationale Armee aufzustellen, da ich nicht weiß, wie dies den Generalen in den Kopf steigen würde. Es ist besser, wenn wir den Anfang gleich im europäischen Rahmen machen. Es ist schwierig, unter den 2.000 deutschen Generalen gerade die richtigen auszusuchen. Ich erwarte heute Herrn Blank aus Paris zurück und werde dann erfahren, ob es möglich ist, die Hauptpunkte des Vertrages über die Europaarmee vorwegzunehmen, damit in Washington alles glattgeht. Ich glaube, daß die Hohen Kommissare in Washington unsere Ansicht zur Grundlage der Verhandlung machen. Ich hoffe, daß sie ohne wesentliche Änderungen durchdringen. Sollten sich aber wesentliche Änderungen gegenüber unseren Vorschlägen ergeben; dann wären wir gezwungen, nein zu sagen. Jetzt ist der psychologisch richtige Augenblick, auf unsere Wünsche einzugehen. Wenn sich jetzt nicht die Verhältnisse grundlegend konsolidieren, dann wird in Deutschland die Angst vor den Russen wieder wachsen. Die Menschen werden sich rückversichern wollen, und die innere und äußere Verteidigungsfront des Westens wird geschwächt.

Sowjetrußland macht zwar viel Geschrei, aber es wird keinen Krieg wegen 250.000 deutscher Soldaten anfangen, die ohnehin erst in zwei Jahren komplett stehen werden. Warum Rußland den deutschen Verteidigungsbeitrag hintertreiben will, findet seinen Grund ganz einfach in dem russischen Ziel, die Möglichkeit einer Einbeziehung der Bundesrepublik in die russische Einflußsphäre nicht zu verbauen. Rußland möchte, daß die USA sich an Europa für desinteressiert erklären. Dadurch würde der Kommunismus in Frankreich und Italien die Oberhand bekommen. Nur aus diesen Gründen fordert Rußland die Demilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands.

21 Dr. Walter Hallstein (1901–1982), 1930–1941 Professor in Rostock, 1941–1948 in Frankfurt sowie 1948–1949 in Georgetown/Texas, 1949–1950 Leiter der deutschen UNESCO-Kommission, 1950–1951 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und 1951–1958 im Auswärtigen Amt, 1958–1967 Präsident der Kommission der EG, 1968–1974 Präsident der Europäischen Bewegung, 1969–1972 MdB (CDU). Vgl. Wolfgang RAMONAT: Rationalist und Wegbereiter, in *PERSÖNLICHKEITEN* S. 337–378. – Nach Beratung des Bundeskabinetts am 13. März 1951 übernahm Adenauer auch das Amt des Außenministers (Ernennung am 15. März), vgl. ADENAUER: *Erinnerungen* I S. 465; Hallstein hatte in diesem Aufgabenbereich entscheidende Befugnisse. Vgl. HALLSTEIN.

Es ist noch zu berücksichtigen, daß Eisenhower ein Interesse daran hat, vor Beginn der Präsidentschaftskampagne in den USA die Dinge in Europa zu einem Ende zu bringen. Wir selbst haben das größte Interesse daran, dabei mitzuhelfen, solange in den USA das Interesse an der Präsidentenwahl besteht.

Zimmer erklärte, die Propaganda der Bundesregierung für den Schumanplan sei sehr geschickt, und er fragt, ob man Ähnliches nicht für den Verteidigungsbeitrag tun wolle.

Adenauer erklärte, man solle weniger von einem Verteidigungsbeitrag, sondern von einem Verteidigungsvertrag sprechen. Z.Z. könnten wir aber noch nicht zuviel dazu sagen, sonst werde der Vertrag für uns vielleicht schlechter, als wir jetzt die Aussicht haben. Wenn die Dinge in Washington nicht gut laufen, dann würde eine verfrühte Propaganda für den Verteidigungsbeitrag auf die Bundesregierung zurückgeschlagen.

Bach betonte, die Unsicherheit der deutschen Bevölkerung sei durch psychologische Fehler sowohl der Alliierten wie auch der Bundesregierung entstanden. Die Kernfrage der deutschen Außenpolitik sei die deutsche Souveränität, und nur das könne und müsse man z.Z. propagieren.

Adenauer empfahl abzuwarten, was die Verhandlungen in Washington erbringen, und zu beobachten, was die SPD zu den vollendeten Tatsachen sage. In dem Verteidigungsvertrag werde auch die Einheit Deutschlands als unabdingbare Tatsache stehen. Ferner werde darin enthalten sein die Pflicht der Westmächte, die Bundesrepublik über ihre Verhandlungen mit den Staaten des Ostblocks zu konsultieren, damit dort nicht Dinge auf unsere Kosten geschehen.

Kaiser sagte, die Bundestagswahl hänge von der Regierung Adenauer ab. Kaiser sprach sich gegen Wahlbündnisse aus und forderte, die CDU müsse allein in den Wahlkampf gehen. Vorher müsse nach Möglichkeit die Frage des Zentrums und der Deutschen Partei gelöst werden, sonst sei ein Mißerfolg unausbleiblich. Das gleiche gelte von der Lösung der konfessionellen Schwierigkeiten. Auch einige Personalfragen müßten geklärt werden. Z.B. müsse man sich mit Herrn Heinemann beschäftigen, der anscheinend in Not sei und mit dem man wieder verhandeln könne. Die Information, daß Hermes eine Mittelpartei gründen wolle, halte man für eine Drohung. Kaiser bedauerte, daß bei den Verhandlungen des Kanzlers mit den Gewerkschaften auch gestern kein christlicher Gewerkschafter beteiligt gewesen sei²². Der Artikel in der „Ketteler Wacht“ sei zu verurteilen. Die Wahlunion Kanzler-Außenminister sei unter den augenblicklichen Verhältnissen durchaus gutzuheißen. Wenn die Bundesrepublik Kontingente in der Europaarmee aufbringe, müßten auch die anderen nationalen Armeen in der Europaarmee aufgehen. Es gehe beispielsweise nicht an, daß Deutschland keine, Luxemburg dagegen eine nationale Armee habe. Bei der Auswahl der Generale sei die Frage zu stellen: „Wie haben Sie zu Hitler gestanden?“ Erforderlich sei Klarheit darüber, wie die Alliierten über die deutsche

²² Bericht über das Treffen in FAZ vom 7. September 1951.

Einheit denken. Die Amerikaner könnten nicht mit polnischen Kreisen paktieren, die genauso wie die sowjetischen Polen für die Oder-Neiße-Linie seien.

Adenauer betonte, mit den Russen könne nur verhandelt werden, wenn man stärker sei. Allerdings müsse man auch in der Auseinandersetzung mit dem Osten nicht die Schwierigkeiten aufeinanderreihen und täglich präsentieren. Das schwäche die innere Kraft. Wörtlich erklärte Dr. Adenauer: „Eine meiner größten Sorgen ist, daß die USA eines Tages zur Offensive gegen den Osten übergehen, die impulsiv gestartet wird zu unserem Schaden.“

Für kurze Zeit verläßt Dr. Adenauer die Vorstandssitzung, die jetzt von Dr. Holzapfel geleitet wird.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab *Bach* einen Bericht über die finanzielle Lage. In den letzten acht Monaten seien DM 260.000,- für die Bundesgeschäftsstelle, DM 115.000,- für Wahlen, DM 28.000,- an Landesverbände und DM 10.000,- an Darlehen ausgegeben worden. Mit anderen Ausgaben zusammen betragen die Ausgaben der ersten acht Monate DM 523.000,-. Demgegenüber standen Einnahmen von ungefähr DM 630.000,-, so daß z.Z. ein Kassenbestand von etwa DM 110.000,- vorhanden sei.

Bach berichtete dann über Sonderaktionen für den Wahlfonds. Es sei anzustreben, daß ab 1. Oktober jeder Bundestagswahlkreis mindestens einen hauptamtlichen Geschäftsführer habe. Wo die Kreise das nicht selbst schaffen können, müsse die Bundespartei helfend eingreifen. Den möglichen Kandidaten in den Wahlkreisen müßten die Mittel für ihre Aktionen an die Hand gegeben werden. Bach legte dann einen Plan zur Finanzierung der Partei aus Mitgliedsbeiträgen vor, der in der Anlage beiliegt.²³

Kiesinger warnte davor, bezüglich der Mandatsträger eine Regelung zu treffen, ohne die Bundestagsfraktion zu fragen. Es gebe in der Bundestagsfraktion viele Bundestagsabgeordnete, die von ihren Diäten leben müssen, während bei der SPD alle Abgeordneten Funktionäre seien und aus dieser Tätigkeit Einkommen bezögen.

Bach erklärte es als Wahnsinn, wenn jemand von der Politik lebe. Ein Politiker könne nur unabhängig sein, wenn er eine gesicherte Existenz habe. Sein Vorschlag bezwecke eine vernünftige Koordination, damit die Lasten gerecht verteilt werden. Grundsätzlich sei zu fordern, daß Nachwahlen zum Bundestag von der Bundestagsfraktion, Nachwahlen zu den Landtagen von den Landtagsfraktionen finanziert werden. Der Etat der Bundesgeschäftsstelle enthalte nur die Kosten, die direkt die Bundesgeschäftsstelle betreffen. Alles andere müsse aus Sondermitteln finanziert werden.

Lubbers berichtete, daß die meisten Landesverbände die Besoldung der Landesgeschäftsführer durch den Bund abgelehnt haben. Er bat um eine Klärung dieser Frage.

²³ Vgl. S. 70.

Zimmer empfahl, die Besoldung der Landesgeschäftsführer zu 50 % auf die Bundespartei und zu 50 % auf die Landespartei zu legen.

Bach wandte sich gegen diesen Vorschlag. Die Landesgeschäftsführer müßten in ihrer Existenz geschützt und in etwa von den Landesverbandsvorsitzenden materiell unabhängig gemacht werden. Er stellte den Antrag, den Beschluß des Vorstandes bezüglich der Besoldung der Landesgeschäftsführer aufzuheben.

*Gurk*²⁴ empfahl, die Landesgeschäftsführer durch die Bundespartei zu besolden, damit diese das eingesparte Geld zur Besoldung der Kreisgeschäftsführer verwenden können.

Beschluß: Nach einer längeren Debatte über die Frage wurde beschlossen, bei der nächsten Parteiausschußsitzung mit den Landesvorsitzenden diese Frage noch einmal zu besprechen.

Zum Antrag *Bach* erklärte *Holzapfel*, der Vorstand könne keine festen Beschlüsse fassen, sondern nur Richtlinien und Empfehlungen geben. Nur in diesem Sinn könne über den Vorschlag entschieden werden.

Zimmer erinnert daran, daß in Rheinland-Pfalz die Bürgermeister Beamte seien, man müsse sie von der Regelung ausnehmen.

Holzapfel und *Bach* bestätigten diese Auffassung.

*Samsche*²⁵ wies darauf hin, daß bei der Regelung der Beiträge die soziale Struktur der Landesverbände beachtet werden müsse. Hamburg habe z.B. einen Mitgliedsbeitrag von DM 2,- generell. Man würde sich also bei der Bachschen Regelung schlechterstellen.

Kiesinger forderte noch einmal die Hinzuziehung der Bundestagsfraktion, ehe Beschlüsse über die Beiträge der Mandatsträger gefaßt werden.

Kaiser hielt Richtlinien bezüglich der Mitgliedsbeiträge für sehr angebracht. Die Partei müsse sich mehr auf Mitgliedsbeiträge stützen. Er empfahl, eine kleine Kommission, bestehend aus einem Vertreter der Bundestagsfraktion, einem Vertreter der großen Landesverbände und einem Vertreter der kleinen Verbände möge mit dem Bundesschatzmeister über die Regelung beraten.

Holzapfel stimmte dem zu und bat, die Dinge bis zur nächsten Parteiausschußsitzung zu klären.

Strickrodt erklärte dann, daß manche Vorstandsmitglieder verschämte Arme

24 Dr. Franz Gurk (1898–1984), 1926–1933 Stadtverordneter und Kreisrat in Karlsruhe (Zentrum), Mitgründer der CDU, 1945–1952 Stadtkämmerer und 1953–1963 Bürgermeister von Karlsruhe, 1952–1972 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung und MdL Baden-Württemberg (1960–1968 Landtagspräsident), 1951–1968 Landesvorsitzender der CDU Nordbaden.

25 Ewald Samsche (1913–1957), seit 1946 CDU, 1949–1957 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1949–1957 Mitglied des CDU-Landesvorstands Hamburg, zeitweise geschäftsführender Vorsitzender des Landesverbands, 1953–1957 Senator in Hamburg.

seien und wegen Mangel an Mitteln zu den Vorstandssitzungen nicht erscheinen könnten.

Bach erklärte sich bereit, in solchen Fällen die Kosten vertraulich zu erstatten.

Pferdmenges fragt, wie hoch *Bach* die monatlichen Rücklagen für die Wahl schätze.

Bach schätzt die Einnahmen auf DM 70.000,- monatlich, aber es komme noch nicht alles herein, was versprochen worden sei. Aus der Sonderaktion seien einige Sonderabmachungen getroffen worden. Beispielsweise sollen die in Hessen eingehenden Gelder an den Landesverband Hessen zurückgegeben werden, da in Hessen besonders schwierig gelagerte Verhältnisse sind. Es bestehe aber die Aussicht, die monatlichen Eingänge auf DM 100.000,- zu bringen, damit DM 70.000,- monatlich für die Wahl zurückgelegt werden können.

Hilpert bat, wenn Aktionen in Hessen unternommen werden, diese mit dem Landesverband abzustimmen.

Holzappel teilt mit, daß in der Bundesgeschäftsstelle seit dem 1. September zwei hauptamtliche Kräfte für die Außenorganisation tätig sind. Nachdem die Zentrale in Ordnung sei, müsse die Arbeit in den Landesverbänden beginnen. Es sei eine alte Erfahrung, daß ein Wahlkampf desto besser und billiger sei, je mehr die Organisation in Ordnung ist.

Hilpert wendet sich dagegen, daß Kündigungen des „Wirtschaftsbildes“ nur zu Lasten des Landesverbandes gehen. Es müsse eine Regelung getroffen werden, um Ausfälle anteilmäßig zu verteilen.

Bach wendet sich gegen diesen Vorschlag, da damit die Finanzen der Bundesgeschäftsstelle gefährdet sind. In Härtefällen müssen Ausfälle aus dem Sonderfonds gegeben werden.

Lubbers weist darauf hin, daß durch die Werbung des „Wirtschaftsbildes“ und die Abteilung Außenorganisation eine Ausweitung des Etats für Reisekosten unvermeidlich sei. Er bat schon jetzt darum, diese Notwendigkeit zu berücksichtigen.

Bach schlägt vor, die Außenorganisation mit der Werbung und der Kundenpflege für das „Wirtschaftsbild“ zu koppeln. Große Schwierigkeiten gebe es noch mit Schutz, der den dem Wirtschaftsring angeschlossenen Firmen verspreche, ihnen Rüstungsaufträge zu besorgen. Dadurch habe er noch einen großen Einfluß in der Wirtschaft.

Holzappel erklärte, die Bundesgeschäftsstelle arbeite nun voll. Es sei lediglich noch die Frage des Bundesgeschäftsführers zu klären.

In diesem Augenblick betritt Dr. Adenauer wieder den Raum.

Holzappel: Man habe vereinbart, nach einer geeigneten Kraft für diesen Posten Ausschau zu halten, das habe aber bisher noch keinen Erfolg gehabt.

Bach erinnert an seinen Antrag über die Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge. Ferner entwickelte er seinen Plan, für jeden Bundestagswahlkreis bis Ende des Jahres mindestens einen hauptamtlichen Geschäftsführer angestellt zu sehen. Wo

die Kreise diesen nicht selbst tragen könnten, müsse die Bundespartei eingreifen. Ferner solle bereits jetzt Ausschau nach Kandidaten für die Wahlkreise gehalten werden, damit diese schon jetzt damit beginnen können, ihren Wahlkreis zu erobern.

Adenauer betont, er sei gar nicht glücklich darüber, daß die Landesverbände die Besoldung der Landesgeschäftsführer durch die Bundespartei abgelehnt hätten. Die Frage müsse noch einmal im Parteiausschuß besprochen werden, um die noch widerstrebenden Landesvorstände für diese Regelung zu gewinnen.

Lubbers erläutert die Unzuträglichkeiten, die sich in der Jungen Union ergeben haben. Insbesondere macht er auf die Gefahren aufmerksam, die möglicherweise durch nicht zweckgebundene Verwendung der Gelder aus dem Bundesjugendplan entstehen können. Die Junge Union habe nach Informationen des Innenministeriums im Etatjahr 1950 reichlich DM 100.000,- bekommen, von denen zwei Drittel allein für Auslandsarbeit verwendet werden müßten. *Lubbers* bezweifelt, daß so hohe Beträge für diesen Zweck ausgegeben wurden.

Majonica bezweifelt die Zahlen des Innenministeriums. Er stimmt einer Kontrolle der Finanzgebarung der Jungen Union zu.

Lubbers bringt Bedenken vor über den Bundessekretär der Jungen Union, *Ziegler*, und schildert die schlechten Erfahrungen, die man im Generalsekretariat mit ihm gemacht habe.

Gurk fordert, daß bei der Jungen Union auch in den Landesverbänden etwas mehr nach dem Rechten gesehen werde. Angesichts der großen Mittel, die die Junge Union aus dem Bundesjugendplan erhalten habe, sei es unverständlich, wofür sie dann noch von den Landesverbänden Mittel fordere.

Bach ist ebenfalls der Ansicht, das Verhältnis zur Jungen Union anders zu regeln. Zumindest müßten Berater aus dem Vorstand in den Deutschlandrat der Jungen Union entsandt werden.

Adenauer bittet *Majonica*, dem Vorstand zu seiner nächsten Sitzung einen Arbeitsplan für die Junge Union einzureichen.

Dr. *Adenauer* griff dann die Frage der Konrad-Adenauer-Spende²⁶ auf. Er betont, er habe nie einen einzigen Pfennig dieser Spende gesehen, sei nie über eine Verwendung befragt worden und habe überhaupt keine Kenntnis, wie es um die sog. Konrad-Adenauer-Spende stehe. An Dr. *Johnen*²⁷ und Dr. *Schreiber* soll ein Schreiben gesandt werden, worin um Aufklärung über die Spende gebeten wird.

26 Es handelte sich um zwei verschiedene Spenden: zu der einen war von CDU-Mitgliedern aufgerufen worden anlässlich des 75. Geburtstages von *Adenauer*, sie war für parteipolitische Zwecke gedacht; die andere ging auf eine Anregung des BDI-Präsidenten *Fritz Berg* zurück und sollte mildtätigen und wissenschaftlichen Einrichtungen zugute kommen (vgl. BT-Drs. Nr. 1827 und 2053).

27 *Wilhelm Johnen* (1902–1980), 1931–1933 Vorstandsmitglied der Zentrumspartei und Mitglied des Kreis Ausschusses des Kreises Jülich, 1945 CDU, 1947–1966 MdL Nordrhein-Westfalen (1950–1959 Fraktionsvorsitzender, 1959–1966 Präsident), 1951–1963 Vorsitzen-

Bach erinnert daran, daß die im Rheinland gesammelte Spende vereinbarungsgemäß mit Zustimmung des Kanzlers nur im Rheinland verwendet werden sollte.

Adenauer erklärt, von einer solchen Vereinbarung nichts zu wissen.

Samsche bat den Vorstand, eine Rahmensatzung für die Landesverbände zu beschließen.

Adenauer: Sie vergessen das föderalistische Prinzip!

Lubbers schildert die Arbeit des Hochschulrings christlich-demokratischer Studenten²⁸, der vom Vorstand einen monatlichen Zuschuß von DM 500,- für seine Arbeit erbittet.

Der Vorstand ermächtigt den Bundesschatzmeister, den erforderlichen Betrag zu zahlen.

Adenauer kommt noch einmal auf das „Wirtschaftsbild“ zurück. Er bittet, insbesondere die steuerlichen Dinge so einzurichten, daß keine Panne passieren könne.

Bach antwortet, es geschehe bereits alles, was möglich sei. Mit den zuständigen Stellen seien entsprechende Vereinbarungen getroffen.

Hilpert fordert dringend, den Komplex Adenauer-Spende zu klären, da hier mit dem Namen des Kanzlers unverantwortlich Schindluder getrieben werde.

Es entwickelt sich noch eine kurze Debatte über die Modalitäten der Verrechnungen des Aufkommens aus dem „Wirtschaftsbild“ und ihre steuerliche Behandlung. Die Debatte endet mit einem Vorschlag des Kanzlers, über den Komplex ein Gutachten des Finanzministeriums intern einzuholen.

Lubbers trägt eine Reihe von Beschwerden aus den Landesverbänden über die Erste Legion vor. Seiner Auffassung nach sei es notwendig, darüber Klarheit zu schaffen, damit die Landesverbände wüßten, woran sie seien. Insbesondere sei es nicht erträglich, daß die Erste Legion in CDU-Kreisen namhafte Gelder sammle, daß sie die Angestellten der CDU für ihre Zwecke einzuspannen versuche und daß sie bei ihrer Werbung die Behauptung aufstelle, alles geschehe im Namen des Kanzlers.

Adenauer betont, angesichts der Entwicklung, die die Erste Legion genommen habe, müsse sich die Partei davon distanzieren.

Auch *Bach* führt lebhaft Beschwerde über die Junge Union an Hand von Einzelbeispielen und verwahrt sich dagegen, daß der Name des Kanzlers von Herrn Schmalz dauernd mißbraucht werde.

Beschluß: Es soll an Schmalz entsprechend geschrieben werden.

der des CDU-Landesverbands Rheinland. – Zu den Koalitionsgesprächen vgl. HÜWEL S. 249f.

28 Am 23. Februar 1951 als „Bund christlich-demokratischer Studenten Deutschlands“ gegründet, bei der ersten Delegiertenversammlung vom 25.–27. August 1951 in Bonn umbenannt in „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“ (ACDP IV-006-001).

Kiesinger trägt seine Sorgen und Bedenken über die Entwicklung der Ersten Legion vor. Ein Gremium der Partei müsse unbedingt die Verhältnisse in der Jungen Union einmal gründlich prüfen.

Hilpert berichtet aus Hessen, daß dort unter Massoth²⁹ die Junge Union lange Zeit gut gearbeitet habe. Seitdem aber die Erste Legion unter Mißbrauch des Namens des Bundeskanzlers dort auftrete, sei die Arbeit der Jungen Union fast zerfallen. Dr. Hilpert erinnert an den Beschluß des Landesverbandes Hessen, wonach eine Mitgliedschaft in der CDU mit der in der Ersten Legion nicht vereinbar sei, und bat, diese Regelung auch auf die Bundespartei auszudehnen.

Kiesinger warnt vor allzu scharfen Schritten. Man solle den Mitgliedern der CDU empfehlen, nicht Mitglied der Ersten Legion zu sein, ihnen aber überlassen, ihr Verhältnis zur Ersten Legion selbst zu lösen. Der Parteyausschuß könne dann einen entsprechenden Beschluß fassen.

Nach kurzer Debatte, an der sich Adenauer, Kiesinger, Bach und Majonica beteiligen, wird dementsprechend beschlossen.

NEI-TAGUNG

Lubbers berichtet, daß die organisatorischen Arbeiten für Bad Ems abgeschlossen seien. Ein guter Verlauf der Tagung sei gewährleistet.

Adenauer schildert die bisherige Entwicklung der NEI, die leider ohne großen Einfluß in den Ländern sei. Versuche, die Arbeit der NEI zu beleben, seien bisher ohne Erfolg geblieben. Er habe Herrn Blankenhorn³⁰ nach Brüssel geschickt mit dem Auftrag, mit dem Präsidenten der NEI³¹ Maßnahmen zum Umbau der NEI zu besprechen. Dieser sei aber mit Rücksicht auf die Franzosen gegen revolutionierende Schritte. Er habe den Gegenvorschlag gemacht, jede der angeschlossenen christlichen Parteien solle einen ständig hauptamtlich tätigen Mann in das Generalsekretariat nach Paris entsenden, um von hier aus die Reformarbeiten durchzuführen. Er

29 Willy Massoth (1911–1978), Mitgründer der CDU Hessen und Kreisgeschäftsführer CDU Offenbach, 1946–1948 Mitglied des Kreistags Offenbach, 1946–1954 Landesvorsitzender der Jungen Union und Mitglied des Landesvorstands der CDU Hessen, 1949–1957 MdB.

30 Herbert Blankenhorn (geb. 1904), ab 1929 Attaché im Auswärtigen Amt, 1940–1943 Gesandtschaftsrat in Bern, 1943–1945 Legationsrat im Auswärtigen Amt, 1946–1948 stv. Generalsekretär im Zonenbeirat für die britische Zone, 1948 Generalsekretär der CDU in der britischen Zone und 1948–1949 persönlicher Referent Adenauers im Parlamentarischen Rat, 1949–1958 Ministerialdirigent bzw. -direktor (1950) im Bundeskanzleramt bzw. Auswärtigen Amt, 1955–1958 ständiger deutscher Vertreter bei der NATO in Paris, 1958–1970 Botschafter (Erinnerungen: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949–1979. Berlin 1980).

31 Gemeint ist Auguste-Edmond de Schrijver (geb. 1898), belgischer Politiker; 1936–1937 Innenminister, 1939 Justizminister, 1950–1959 Präsident der NEI.

empfahl den Mitgliedern des Vorstandes, sich die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung zu überlegen, ohne den Präsidenten der NEI sei aber nichts zu machen.

Majonica berichtet, die Sektion der Jüngeren habe in Berlin³² die Frage einer Reform der NEI ebenfalls diskutiert. Insbesondere aber die Franzosen hätten eine Christliche Internationale abgelehnt. Man dürfe aber die Franzosen nicht überbewerten, da das MRP der NEI nicht korporativ angeschlossen sei. Die NEI bestehe bestenfalls aus 40 Einzelpersonlichkeiten ohne überragenden Einfluß.

Zum ersten Mal seien in Berlin auch Vertreter der christlichen Parteien der norddeutschen Länder vertreten gewesen, die sich begeistert über den Gedanken einer Christlichen Internationale ausgesprochen hätten. Nach Bad Ems werde die Junge Union daran arbeiten, eine Union der christlichen politischen Jugendverbände in Europa zu gründen und die Grundlage für eine Christliche Internationale zu schaffen.

Kaiser wünscht, daß Dr. Adenauer in seiner Rede in Bad Ems trotz aller Bedenken die Notwendigkeit einer Christlichen Internationale begründen soll. Es sei bedauerlich, daß anscheinend keine Personen von Gewicht nach Bad Ems kämen. Eine enge Zusammenarbeit Dr. Adenauers mit de Gasperi³³ sei vor allen Dingen notwendig, um eine Grundlage für die Christliche Internationale zu finden.

Adenauer ist grundsätzlich bereit, einen solchen Vorstoß zu unternehmen. Man solle erwägen, zu diesem Zweck die christlichen Parteien in Europa zu einer Besprechung zusammenzurufen.

Kaiser fordert, daß nach Bad Ems auch Vertreter der Saaropposition eingeladen werden³⁴.

Majonica erinnert daran, daß Ministerpräsident Hoffmann³⁵ nicht Mitglied der CVP des Saarlandes sei³⁶.

32 Vom 23.–27. Juli 1951 hatte das Exekutivkomitee der Union Junger Christlicher Demokraten Europas in Berlin getagt (ACDP IX-002-066/1; vgl. Nr. 3 Anm. 21).

33 Alcide de Gasperi (1881–1954), italienischer Politiker; 1911–1918 Abgeordneter im österreichischen Reichsrat, 1919 Beitritt zum Partito Popolare Italiano (1921 Abgeordneter, 1922 Fraktionsführer, 1924–1926 Generalsekretär), ab 1928 Bibliothekar im Vatikan, 1942 Mitgründer der Democrazia Cristiana, 1944–1945 Außenminister, 1945–1953 Ministerpräsident (bis 1946 und ab 1951 gleichzeitig Außenminister). Vgl. ANDREOTTI; HECK.

34 Anspielung vermutlich auf die DPS unter Richard Becker und Heinrich Schneider, die am 21. Mai 1951 verboten wurde (vgl. SCHMIDT 1 S. 256ff., insbes. S. 281f. sowie Bd. 2 Kap. 8c S. 264–304). Die NEI Saar hatte an den bisherigen NEI-Tagungen mit starken Delegationen teilgenommen (SCHMIDT 1 S. 309).

35 Johannes Hoffmann (1890–1967), 1946 Mitgründer der CVP und Vorsitzender bis 1956, danach Ehrenvorsitzender bis 1959, 1947–1955 Ministerpräsident des Saarlandes und bis 1951 Minister für Inneres und Wiederaufbau, 1951–1952 für Arbeit und Wohlfahrt, 1953–1954 für Erziehung (Memoiren: Das Ziel war Europa. Der Weg der Saar 1945–1955. München 1963).

36 Sicher ein Irrtum Majonicas. – Zur CVP vgl. SCHMIDT 1 S. 170–199.

Kiesinger berichtet über ein Gespräch mit *Lewandowski*³⁷ in Straßburg. Dieser habe ihm gesagt, daß Herr Schmalz der NEI große finanzielle Versprechungen gemacht habe, die nicht eingehalten werden. Bisher werde die NEI größtenteils von der Saar finanziert.

BUNDESPARTEITAG

Adenauer ist mit dem von der Geschäftsstelle vorgelegten Programm nicht einverstanden. Er wünscht mehr als drei Referate. Von notwendig zu behandelnden Themen nannte Dr. Adenauer u.a.: 1. Das Ahlener Programm und das Mitbestimmungsrecht, 2. Eine weltanschaulich historische Begründung der Entwicklung der CDU, 3. Lastenausgleich, 4. Schumanplan, 5. Die Integration Europas, 6. Jugendfragen, 7. Frauenfragen.

Zimmer fordert ein Referat, durch das die Menschen auf dem Lande besonders angesprochen würden.

Adenauer betont, die geistige Krise umfasse sowohl das Land wie die Stadt. Gerade die Lösung der geistigen Krise sei vordringlich. Ein solches Thema müsse von einem Nichtpolitiker behandelt werden, der nicht durch Tagespolitik gehemmt sei.

Bach befürwortet ein Thema, etwa „Die Persönlichkeit in der Gemeinschaft“.

Strickrodt erinnert daran, daß der Materialismus in der Naturwissenschaft seit längerem überwunden sei, jedoch in der Soziologie noch nicht. Hier liege das Kernproblem aller Gemeinschaftsarbeit.

Gurk bat, das Schwergewicht auf das Geistige zu legen und daran zu erinnern, daß wir in einer Zeitenwende leben. Die Schulfrage müsse unbedingt behandelt werden, ebenso das Thema einer Wehrmacht unter einem neuen Geschichtsbild.

Kaiser erinnert daran, daß in Goslar zu wenig Zeit für die Aussprache gewesen sei und man zu viel Referate gehalten habe. Er bat dringend, es bei drei Referaten zu belassen. Die Rede des Kanzlers müsse dem Parteitag ihren Stempel aufdrücken. Es sei zu erwägen, diese große politische Rede evtl. auf den Samstag oder Sonntag zu verlegen. Entscheidendes Gewicht müsse auf die innere Einigung des deutschen Volkes gelegt werden. Minister Kaiser schlug dann drei Themen vor: 1. Die Wiedererlangung der deutschen Souveränität. Das Thema sei nicht so sehr weltanschaulich zu begründen. Wir seien eine politische Partei. 2. Die soziale Sicherung des deutschen Volkes. Wenn auch dieses Thema einen großen wirtschaftlichen Einschlag habe, so könne es nicht von Prof. Erhard gehalten werden. 3. Drittes Thema sei die Kulturpolitik mit dem Untertitel „Aufgliederung der Massen“.

Für alle drei Referate müßten die erstklassigsten Redner gefunden werden.

³⁷ Dr. Rudolf Lewandowski, 1946 Mittelsmann zwischen ÖVP und MRP zur Gründung einer Christlichen Internationale, 1947 Referent für Jugendfragen in den NEI, 1948 Generalsekretär der Union Junger Christlicher Demokraten, bis 1953 Mitglied des NEI-Exekutivkomitees.

Adenauer faßt zusammen: Wenn es die Meinung des Vorstandes sei, ein Programm mit nur drei Referaten aufzustellen, dann müsse aber das grundlegende Thema aus den Tagesfragen herausgenommen werden.

Kiesinger plädierte auch für ein grundlegendes geistiges Referat, das aber nicht von einem Professor, sondern von einem politischen Kämpfer gehalten werden müsse. Es müsse zunächst aus den Tagesfragen herausführen, aber aus geistiger und historischer Begründung auch wieder in die Tagesfragen hinein. Die Arbeit in der Fraktion zeige, daß sich die CDU auseinanderlebe und daran krank sei.

*Heiler*³⁸ fordert einen Parteitag, in dem die Besinnung im Vordergrund stehe. Goslar sei zuviel Repräsentation gewesen.

Hilpert betonte, die Menschen wollten eine Behandlung der Tagesfragen auf dem Parteitag. Sie forderten eine ausgiebige Diskussion. Man solle den Schwerpunkt in die Ausschüsse verlegen, diesen aber genaue Arbeitsrichtlinien geben, damit sie nicht zerflattern. Auch Dr. Hilpert befürwortet ein grundsätzliches Referat, das der CDU den Standort wiedergebe. Es sei nicht zu leugnen, daß die CDU nicht mehr christlich-soziale Politik betreibe. Sie sei der Tagesströmung unterlegen, die man etwa mit dem Wort zusammenfassen könne: „Alles für mich und alles ohne mich“. Das geistige Thema müsse so etwas wie angewandte Chemie bringen.

Adenauer faßt zusammen: 1. Einzelfragen sollen in Ausschüssen behandelt werden. Den Ausschüssen seien genaue Arbeitsdirektiven zu geben. 2. Es sollen nur wenige große Referate mit einer ausgiebigen Diskussion gehalten werden. Von diesen Referaten müsse eines ein großes politisches und eines ein großes grundsätzliches Referat sein.

Dr. Adenauer schlägt vor, die Vorbereitung einem Ausschuß zu übertragen. Dieser besteht aus Frau Dr. Gröwel, Dr. Hilpert, Kiesinger, Majonica, Dr. Gurk, Strickrodt, Dr. Holzapfel, Dr. Krone³⁹.

Hilpert schlägt als Arbeitsprogramm für diese Kommission vor, zunächst die Richtlinien für die Ausschubarbeit festzulegen und dann die Bausteine zusammenzutragen für die großen Reden.

Gröwel schlägt als Gesamthema vor „Christliche Ordnung“.

Kiesinger meint, das sei ein Thema für Katholikentage usw.

*Sauer*⁴⁰ fordert, vor allen Dingen auch die Kulturpolitik zu berücksichtigen.

38 Anne Marie Heiler (1889–1979), Mitgründerin der CDU Marburg, 1946 und 1948 dort Stadtverordnete, 1949–1953 MdB.

39 Dr. Heinrich Krone (geb. 1895), 1922–1933 stv. Generalsekretär der Zentrumspartei und Vorsitzender der Windthorstbunde, 1925–1933 MdR, Mitgründer der CDU Berlin, 1949–1969 MdB, 1951–1955 Geschäftsführer, 1955–1961 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1961–1966 Bundesminister für besondere Aufgaben bzw. für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates. Vgl. Klaus GOTTO in PORTRÄTS 2 S. 37–48.

40 Dr. Albert Sauer (1902–1981), 1932–1933 MdL Württemberg (Zentrum), Mitgründer der CDU, 1946–1967 Oberbürgermeister von Ravensburg, 1946–1952 MdL Württemberg-Hohenzollern, 1946–1947 Staatssekretär, 1947–1952 Kultusminister, 1950–1952 Mitglied und Präsident der Ständigen Konferenz der Kultusminister, 1952–1956 MdL Baden-Württemberg.

Lubbers gibt Kenntnis von einem Antrag der Exil-CDU, ihr für Reisekosten usw. zum Parteitag DM 17.000,- zur Verfügung zu stellen.

Beschluß: Die Exil-CDU erhält wie im Vorjahr DM 15.000,-.

Zimmer protestiert gegen einen Artikel im „Evangelischen Pressedienst“, der die Flüchtlingsunterbringung in den katholischen Gebieten von Rheinland-Pfalz diffamiert⁴¹.

Es entspinnt sich eine kurze Diskussion um das Thema.

Holzapfel will mit den Männern vom „Evangelischen Pressedienst“ sprechen, um die Dinge zu regeln.

Zum Abschluß der Vorstandssitzung wurde beschlossen, am 27. September 1951, 9.30 Uhr eine Vorstandssitzung und um 11 Uhr eine Parteiausschußsitzung in Königswinter abzuhalten.

ANLAGE

Ernst Bach, Oberbürgermeister, Bundesschatzmeister der CDU

Siegen, den 6. September 1951

Antrag

Ich schlage vor, der Vorstand möge beschließen, dem Parteitag folgenden Antrag vorzulegen:

1. Der Mitgliedsbeitrag der CDU wird wie folgt festgesetzt:

Einnahmen bis DM 300,-	DM 0,50
Einnahmen von DM 301,- bis DM 500,-	DM 1,—
Einnahmen von DM 501,- bis DM 750,-	DM 2,—
Einnahmen von DM 751,- bis DM 1.000,-	DM 3,—
Einnahmen über DM 1.000,-	DM 5,—

2. Die Mandatsträger der CDU führen an ihre Landesverbände 10 % ihrer Diäten ab. Die Landesverbände sind gehalten, mit ihren Kreisvereinen diese Beträge aufzuteilen.

Begründung:

Die CDU Deutschlands wird durch das „Wirtschaftsbild“ und Spenden finanziert. Dagegen ist die Finanzierung der Ortsgruppen, Kreisvereine und Landesverbände nicht sichergestellt. Diese muß durch die Beiträge, die entsprechend der Höhe des Einkommens festgesetzt sind, und die 10%ige Abgabe der Mandatsträger sichergestellt werden, so daß die CDU in der Gesamtheit einsatzfähig ist.

⁴¹ In der zentralen Ausgabe des epd nicht zu ermitteln.